Unsere Demokratie ist UNVERKÄUFLICH
DL21 - DIE LINKE IN DER SPD

Finanzlobbyismus

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 3
Grundlagentext Finanzlobbyismus – Der Kampf um das große Geld 4
Social-Media-Postings 9

Einleitung

In der dritten Woche unserer Kampagne #unverkäuflich haben wir uns als Forum DL21 – Die Linke in der SPD mit der Problematik des Finanzlobbyismus beschäftigt. Die verschiedenen Akteure der Finanzwirtschaft, etwa Banken, Versicherungen, Investmentgesellschaften, Zahlungsdienstleistungsunternehmen lobbyieren aus eigenem Brancheninteresse heraus bei Behörden und Politik aber auch gegenüber der Öffentlichkeit. Es gibt für die Lobbyist*innen der diversen Unternehmen und Verbände aber ein einendes Ziel, nämlich die Durchsetzung möglichst deregulierter und wenig kontrollierter Finanzmärkte.

Aktuelle Skandale wie um den Zahlungsdienstleister Wirecard, die CumEx-Affäre oder aber auch der übergroße Einfluss der vier großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften verdeutlichen, dass wie gefährlich diese auf Deregulierung ausgerichteten Lobbyaktivitäten für Gesellschaft sind. Wer Gerechtigkeit will, muss sich gegen derartige Auswüchse des Kapitalismus engagieren. Mach auch du dich gegen Finanzlobby stark!

Im Folgenden möchten wir Dir detaillierte Hintergrundinformationen zum Finanzlobbyismus bieten. Außerdem kannst du dir unsere Kampagneninhalte der DL21 anschauen, die wir in dieser Woche erstellt haben. Es würde uns sehr freuen, wenn du unsere Inhalte weiterverbreitest und natürlich am allermeisten, wenn du der DL21 beitrittst und aktiv einen linken Politikwechsel mitgestaltest. Unter folgendem Link kannst du bei uns Mitglied werden: https://www.forum-dl21.de/#involve_now

Grundlagentext
Finanzlobbyismus – Der Kampf um das große Geld

I. Der Finanzsektor in Deutschland

Per Definition besteht die Finanzwirtschaft aus dem Finanzmarkt und den Teilnehmern des Finanzmarktes, nämlich Banken, Versicherungen, Finanzdienstleistungsunternehmen, Investment- sowie Pensionsfonds und den institutionellen Anleger*innen wie z. B. Lebensversicherungen. Wegen ihrer Verantwortung für die Geldversorgung der Realwirtschaft ist die Finanzwirtschaft volkswirtschaftlich entscheidend. Die Finanzwirtschaft wird sowohl von privaten Unternehmen als auch privaten Haushalten und der öffentlichen Finanzwirtschaft des Staates getragen. Der enorme Einfluss der privaten Finanzwirtschaft, die Abhängigkeit von staatlicher Regulierung und die Zersplitterung in unzählige Unternehmen und Akteur*innen haben dazu geführt, dass die Finanzwirtschaft besonders stark in Verbänden organisiert ist und mithilfe lobbyistischer Aktivitäten ihre wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen versucht.

II. Lobbyismus

a. Lobbyverbände

i. Bundesverband deutscher Banken (BdB)

Im Bundesverband deutscher Banken (BdB, bzw. Bankenverband) sind die deutschen Privatbanken organisiert. Neben den klassischen Kreditinstituten wächst auch die Zahl der Mitgliedsunternehmen aus dem Bereich Finanztechnologie. Entsprechend dieser Neuausrichtung hat der Verband ein hohes Interessen daran durch politische Lobbyarbeit die Betätigungsfelder der Finanzwirtschaft auszuweiten und für möglichst große Deregulierung des Bankensektors zu sorgen. Um die Nähe zur Politik zu pflegen betreibt der BdB seine Lobbyaktivitäten aus seiner Zentrale in bester Berliner Lage in der Burgstraße nahe des Regierungsviertels. Der Bankenverband plant dort mit seinen zahlreichen Lobbyist*innen die Kampagnen und Veranstaltungen, um gegenüber der Politik die eigenen Interessen, insbesondere möglichst freie Finanzmärkte, durchzusetzen. Der Bankenverband wirbt immer noch für ein dereguliertes Finanzsystem, obwohl dessen Gefährlichkeit in der Finanzkrise vor zehn Jahren mehr als deutlich geworden ist. Durch die enorme realwirtschaftliche Bedeutung des Zahlungsverkehrs und der Kreditversorgung ist die Regulierung der Finanzwirtschaft systemrelevant. Die Lobbyaktivitäten des Bankenverbandes sollten also kritisch hinterfragt werden.

ii. Bundesverband Investment und Asset Management (BVI)

Der deutlich jüngere Bundesverband Investment und Asset Management wurde erst 1970 gegründet. Seine Mitgliedsunternehmen sind private Investmentgesellschaften. Der BVI repräsentiert fast die gesamte Investmentbranche und hat eine für Lobbyorganisationen ungewöhnlich hohe Marktdurchdringung. So verwalten die Mitgliedsunternehmen etwa 99% des deutschen Investmentvermögens. Da in Deutschland die Bevölkerung gegenüber

spekulativen Investments auf den Finanzmärkten traditionell skeptisch eingestellt ist, versucht der Verband mit Kampagnen gezielt den Erwerb Finanzprodukten gesellschaftlich stärker als bisher zu verankern. Ein weiterer Schwerpunkt der Lobbytätigkeit ist die Förderung von Forschungsprojekten, die Investments gegenüber wohlgesonnen sind und natürlich auch das politische Lobbying, um den Marktzugang auszudehnen und Regulierung – etwa riskanter Finanzprodukte – zurückzudrängen. Dafür betreibt der BVI am Boulevard Unter den Linden eine Hauptstadtrepräsentanz in unmittelbarer Nähe zum Deutschen Bundestag. Trotz formeller Unabhängigkeit ist der BVI eng mit dem Bankenverband verwoben, da die Investmentgesellschaften der deutschen Großbanken im BVI organisiert sind. So betrieben beide Verbände gemeinsam in den Neunzigerjahren eine Kampagne für die Stärkung investmentbasierter Altersvorsorge.

iii. Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV)

Der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) ist die Branchenvertretung von rund 460 privaten Versicherungsunternehmen in Deutschland. Als wichtigste Lobbyorganisation der Versicherungswirtschaft versucht der in Berlin ansässige Verband Einfluss auf diverse Politikbereiche zu nehmen und den Marktzugang für Versicherungen weiter auszudehnen. Im speziellen Fall von Versicherungen ist zu beachten, dass private Versicherungsprodukte in Konkurrenz zu staatlicher Absicherung und Daseinsvorsorge stehen können, etwa im Bereich der Altersvorsorge. Je geringer der staatliche Leistungsumfang, desto attraktiver sind die privaten Lebensversicherungen.

Die Ablehnung eines starken Sozialstaates ist im GDV tief verankert. Schon in den Fünfzigerjahren bekämpfte die Versicherungswirtschaft den Aufbau der gesetzlichen Rentenversicherung. Der demographische Wandel wurde dann ab den 80er Jahren als neue Chance gesehen, die öffentliche Rente durch private Angebote zurückzudrängen. Die Versicherungslobby begann damals mit Kampagnen, welche gezielt die Zukunftsfestigkeit staatlicher Altersvorsorge in Zweifel zogen und so neue Kund*innen für private Alternativen gewinnen sollten. Der GDV konnte in den letzten Jahrzehnten viele Lobbyinteressen durchsetzen und gilt als einer der einflussreichsten Verbände in Berlin. Zur Sicherstellung der traditionell großen Bedeutung wurde in diesem Sommer der ehemalige Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Jörg Asmussen als Hauptgeschäftsführer angeworben, um auch zukünftig Konzessionen zugunsten der Versicherungswirtschaft durchzusetzen. Passenderweise liegt Asmussens neuer Arbeitsplatz beim GDV ganz im Sinne der gesuchten Nähe zur Regierung direkt gegenüber vom Bundesfinanzministerium in der Berliner Wilhelmstraße.

b. Unternehmenslobbyismus

i. Großbanken

Neben den Mitgliedschaften in diversen Lobbyverbänden betreiben die verbliebenen deutschen Großbanken (Deutsche Bank, Commerzbank, HypoVereinsbank) traditionell gut ausgestattete Hauptstadtrepräsentanzen in Berlin, um auf politische Entscheidungen der Bundesregierung und des Bundestages Einfluss nehmen zu können. So hat etwa die Deutsche Bank ein Vorstandsmitglied bestellt, das exklusiv für die Beziehungen zu Aufsichtsbehörden und Regierungen verantwortlich ist. Die Großbanken pflegen dichte

Lobbynetzwerke und beschäftigen diverse ehemalige Spitzenpolitiker*innen und –beamte, um ihre Interessen durchzusetzen. Der neueste Seitenwechsler ist Sigmar Gabriel. Außerdem wurden in der Vergangenheit Mitarbeiter*innen von Großbanken an Ministerien ausgeliehen, um dort externe Expertise zur Verfügung zu stellen. Inwiefern sie dort die Interessen der Banken im Gesetzgebungsprozess durchsetzten, lässt sich im Einzelfall kaum nachprüfen. Die Zuwendungen von Großbanken gehören außerdem zu den regelmäßig üppigsten Parteispenden, besonders bei CDU, CSU und FDP.

ii. Versicherungskonzerne

Auch die großen Versicherungskonzerne verlassen sich bei der Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Interessen nicht exklusiv auf Verbände wie die den GDV. Ganz ähnlich wie die Großbanken nutzen die Versicherungen Konzernrepräsentanzen, Veranstaltungen, Parteispenden, sonstige finanzielle Zuwendungen, Seitenwechsel und personelle Verflechtungen als Mittel der politischen Landschaftspflege und der Durchsetzung eigener Interessen.

Die Karrieren diverser ehemaliger Politiker*innen in der Versicherungswirtschaft unterminieren dabei besonders stark das Vertrauen der Öffentlichkeit in den Staat. Ein Beispiel aus der näheren Vergangenheit ist dabei die Personalie Daniel Bahr. Der ehemalige Bundesgesundheitsminister sitzt heute im Vorstand der Allianz Private Krankenversicherungs-AG, nachdem er als politischer Verantwortlicher die Pflegezusatzversicherung einführte, die den Versicherungskonzernen einen neuen Markt öffnete aber für die Pflegebedürftigen in der Praxis kaum funktionierte.

III. Beispiele für Finanzlobbyismus

Die Wirkmächtigkeit und Auswirkungen von Lobbyismus sind intransparent und häufig kaum nachvollziehbar. Die Funktionsweise von Lobbyagenturen, Repräsentanzen und Verbänden bleiben für die Öffentlichkeit meistens unsichtbar. Umso wichtiger ist es anhand konkreter Beispiele die Problematik zu verdeutlichen. Im Bereich des Finanzlobbyismus gibt es einige besonders eindrückliche Fälle, die wir im Folgenden gerne vorgestellt werden.

a. Riesterrente

Zur Jahrtausendwende wurde mit der großen Rentenreform die staatliche Rente sowohl leistungsmäßig als auch durch die teilweise Auslagerung in privatwirtschaftliche Hände geschwächt. An diesen Sünden neoliberaler Entsolidarisierung leidet unser Rentensystem bis heute. Offiziell begründet wurden die Kürzungen damals mit den Herausforderungen des demographischen Wandels und den vermeintlichen Chancen der Rentenerhöhung durch profitable Investments an den Finanzmärkten. Allerdings wurde der Politikwechsel zu großen Teilen durch den Lobbyismus der Finanzwirtschaft vorangetrieben, die sich den neuen Markt der privaten Alterssicherung erobern wollte. Die Banken, Investmentgesellschaften und Versicherungen waren zunächst erbitterte Konkurrenz im Gesetzgebungsprozess, weil sie befürchteten, dass das eigene Portfolio aufgrund von Nichtberücksichtigung bei Zuschüssen, steuerlicher Förderung oder vorteilhaften Auszahlungskriterien nicht von Kund*innen am Markt angenommen wird. Nachdem sowohl Lebensversicherungen als auch Investmentpläne aus Sicht der Branchenvertretungen ausreichend berücksichtigt wurden, teilten beide

Wirtschaftszweige den Markt unter sich auf und verdienten an den von ihnen entwickelten Anlageprodukten tatsächlich gut. Der namensgebende und verantwortliche Politiker Walter Riester profitierte ebenfalls und machte später Karriere in der Finanzwirtschaft. Verlierer*innen der Reform waren hingegen die Millionen von Rentner*innen und Sparer*innen, die unausgeglichene Leistungskürzen hinnehmen mussten, weil sie sich keine private Altersvorsorge leisten konnten oder die versprochenen Renditen mit den Anlageprodukten bis heute ausgeblieben sind. Nur vier Jahre nach der großen Rentenreform wurde mit dem 2005 in Kraft getretenen Alterseinkünftegesetz die Altersvorsorge erneut reformiert. Die dauerhafte und effektive Rentenkürzung durch Teilprivatisierung wurde damit leider genau so wenig rückgängig gemacht wie der Lobbyerfolg der Finanzindustrie.

b. CumEx und CumCum

2016 und 2018 veröffentlichen Rechercheverbünde Informationen zu großangelegten Steuertricks der Finanzindustrie, die den deutschen Staat um Steuereinnahmen in Milliardenhöhe betrogen. Mithilfe sogenannten Dividendenstrippings wurden durch bewusste Absprachen von Investor*innen bei Leerverkäufen oder Verleihungen von Wertpapieren Kapitalertragssteuern umgangen oder Steuergutschriften ohne Grundlage beim zuständigen Finanzamt eingefordert. Die hochprofitable Betrugsmache war in der Finanzbranche jahrelang bekannt. Dennoch wurden die den Betrug möglich machenden Steuerschlupflöcher erst 2012 bzw. 2016 geschlossen. Dass die kriminellen Geschäfte erst nach Jahrzehnten verboten wurden, ist auch Ergebnis der Lobbytätigkeit des Bankenverbandes.

Der intern jahrelang bekannte Steuerbetrug, den Investor*innen über die Konten bei deutschen Banken abwickelten, meldete der Bankenverband der Bundesregierung nicht. Ganz im Gegenteil setzte der Bankenverband im Jahressteuergesetz 2007 eine Formulierung durch, die Banken von der Mithaftung für illegale Steuergeschäfte ihrer Kund*innen befreite und die Steuertricks so zum Geschäftsmodell werden ließ. Die lobbyistische Einflussnahme des Bankenverbandes auf den Gesetzgebungsprozess diente also ganz konkret der Legalisierung von Wirtschaftskriminalität. Die entscheidende Figur im Steuerskandal ist der ehemalige Referenten im Bundesfinanzministerium Arnold Ranacker, der gleichzeitig auch im Auftrag des Bankenverbandes tätig war und trotz erheblicher Bedenken im Deutschen Bundestag den vom Bankenverband initiierten Gesetzgebungsvorschlag durchsetzte. Der vermeintlich neutrale externe Experte arbeitete bewusst nicht im öffentlichen, sondern im privaten und wirtschaftskriminellen Interesse. Das Beispiel verdeutlicht sehr eindrücklich welche enorme Gefahr und finanzielle Schäden für die Allgemeinheit vom Lobbyismus ausgehen können. Vor kurzem hat die Staatsanwaltschaft Köln wegen des CumEx-Skandals Razzien in den Büros des Bankenverbandes durchgeführt. Es bleibt abzuwarten, ob bei den Ermittlungen weitere Verstrickungen von Lobbyismus und Steuerhinterzieher*innen festgestellt werden.

c. Wirecard

Im Juni 2020 meldete das Zahlungsdienstleistungsunternehmen Wirecard infolge eines Skandals um offensichtlich gefälschte Bilanzen Insolvenz an. Das Unternehmen war im Bereich der Finanztechnologie tätig und wickelte primär den Zahlungsverkehr größerer Unternehmen ab. Wirecard stand bereits seit Jahren wegen intransparenter und juristisch fragwürdiger Geschäftspraktiken in der Kritik. Dennoch wurde der Konzern bis zuletzt als

vermeintliches Aushängeschild deutscher Innovationskultur von Politik und Anleger*innen hofiert und trat auch so in der Öffentlichkeit auf. Bis zuletzt versuchte Wirecard durch Lobbytätigkeiten von den eigenen kriminellen Machenschaften abzulenken und zugleich mit Hilfe der Politik neue Märkte zu erschließen.

So engagierte Wirecard die Beratungsagentur Spitzberg Partners des ehemaligen Bundesministers Karl-Theodor zu Guttenberg und dessen CSU-Parteikollegen und früheren Geheimdienstkoordinator der Bundesregierung Klaus-Dieter Fritsche. Beide warben im Bundeskanzleramt für die Interessen von Wirecard – offenbar erfolgreich, denn Angela Merkel setzte sich 2019 bei Gesprächen mit der chinesischen Regierung für die von Wirecard geplante eines chinesischen Zahlungsdienstleisters ein. Beim Bundesfinanzministerium wurde Wirecards damaliger Vorstandsvorsitzender sogar persönlich vorstellig, um die Unterstützung der Staatssekretäre für Expansionspläne seines Unternehmens zu gewinnen. Der Wirecard-Skandal ist aus einer lobbykritischen Perspektive vor allem deshalb besorgniserregend, weil er zeigt, wie leicht das Unternehmen politische Unterstützung für seine Ziele gewann, obwohl die Vorwürfe zu illegalen Geschäftspraktiken seit Jahren bekannt waren.

d. Das Problem des Finanzlobbyismus

Kaum eine Branche ist so sehr von regulatorischen Rahmenbedingungen abhängig wie die Finanzbranche. Anlageprodukte, Investmentpläne und Versicherungen unterliegen staatlichen Aufsichtsbehörden. Gleichzeitig ist die Finanzwirtschaft sehr stark globalisiert und auf Gewinnmaximierung durch das Ausnutzen internationaler Standortvorteile spezialisiert. Durch das Ausweichen auf ausländische Märkte bei gleichzeitiger Lobbytätigkeit für Deregulierung im Inland können Wettbewerbsbedingungen im Sinne des eigenen unternehmerischen Vorteils zuungunsten der Allgemeinheit genutzt werden. Hinzukommt, dass die Aufsichtsbehörden aufgrund mangelnder personeller und finanzieller Ausstattung mit der Regulierung und Überwachung der Finanzmärkte überfordern sein können und den ihnen zur Prüfung zugeordneten Unternehmen heillos unterlegen sind. Die Untätigkeit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der unabhängigen Abschlussprüferaufsichtsstelle (APAS) verdeutlichen dies. Sie sind angesichts dessen auf die externe Expertise von Banken und Versicherungsunternehmen angewiesen. Es ist inakzeptabel, dass sich die Finanzwirtschaft damit letztlich selber regulieren kann. Mehr Angestellte direkt bei den Behörden verhindern derartige Einflussnahme. Die Wirtschaftsskandale um CumCum, CumEx und Wirecard sind zumindest indirekt auch Ergebnis der erfolgreichen Lobbytätigkeit für Deregulierung im neoliberalen Sinne. Aber auch jenseits der konkreten Fälle zeigt sich eine besorgniserregende Nähe von Finanzwirtschaft und Politik. Kaum eine Branche ist einerseits finanziell so gut ausgestattet und andererseits so sehr der Politik ausgesetzt. Deswegen investieren die Verbände und Unternehmen der Finanzwirtschaft mehr in den Lobbyismus als die meisten anderen Wirtschaftszweige. Dementsprechend ist es nicht überraschend, wie viele gut bezahlte Lobbyist*innen aus der Politik in den Dienst der Finanzwirtschaft wechseln. Unabhängig davon, welche Funktion sie anschließen übernehmen, erschüttert jeder einzelne Seitenwechsel und das Vertrauen der Bürger*innen in die Unabhängigkeit von Politik und Verwaltung.

Social-Media-Postings

Mittwoch, 2. September, Kachel zum Thema Finanzlobbyismus

Facebook:

https://www.facebook.com/ForumDL21/photos/a.200283873447653/1870521716423852/

Unsere Demokratie ist UNVERKÄUFLICH
DL21 - DIE LINKE IN DER SPD

Twitter:

https://twitter.com/Forum_DL21/status/1301060638865752064

Unsere Demokratie ist UNVERKÄUFLICH
DL21 - DIE LINKE IN DER SPD

Instagram:

https://www.instagram.com/p/CEoDUOngdRW/

Montag, 14. September, Podcast und Kachel zum Thema Big4

Facebook:

https://www.facebook.com/ForumDL21/photos/a.200283873447653/1882610648548292

Unsere Demokratie ist UNVERKÄUFLICH DL21 - DIE LINKE IN DER SPD

Twitter:

https://twitter.com/Forum_DL21/status/1305491881279791116

Unsere Demokratie ist UNVERKÄUFLICH DL21 - DIE LINKE IN DER SPD

Instagram:

https://www.instagram.com/p/CFHcF3dAzn1/

Unsere Demokratie ist UNVERKÄUFLICH

DL21 - DIE LINKE IN DER SPD

Twitter:

https://twitter.com/HildeMattheis/status/1305437382066479105

Dienstag, 15. September, Video zum Thema Wirecard

Facebook:

https://www.facebook.com/watch/?v=342733723759986&extid=PfAGsczd0a38QZFI

Unsere Demokratie ist UNVERKÄUFLICH

DL21 - DIE LINKE IN DER SPD

Twitter:

https://twitter.com/Forum_DL21/status/1305806627023589377

Unsere Demokratie ist UNVERKÄUFLICH
DL21 - DIE LINKE IN DER SPD

Instagram:

https://www.instagram.com/p/CFJr1p2i6cT/

Unsere Demokratie ist UNVERKÄUFLICH

DL21 - DIE LINKE IN DER SPD

Twitter:

https://twitter.com/HildeMattheis/status/1305807554232999936

Mittwoch, 16. September, Video zum Thema CumEx

Facebook:

Die Finanzlobby und CumEx

Forum Demokratische Linke 21
16. September um 02:09 ·

Wisst ihr noch, CumEx? Die Finanzlobby will, dass wir diesen beispiellosen Betrug vergessen. Der Bankenverband deckte die Steuerhinterzieher*innen und nahm uns somit Milliarden an Steuergeldern weg. Dieser Skandal hat System. Wir sagen deshalb: Endlich Konsequenzen ziehen, Finanzmärkte regulieren, Lobbyismus zurückdrängen

15 2 Kommentare 8 Mal geteilt

Teilen

https://www.facebook.com/watch/?v=3324480120928829&extid=Hprx9HyBRXQIsSs6

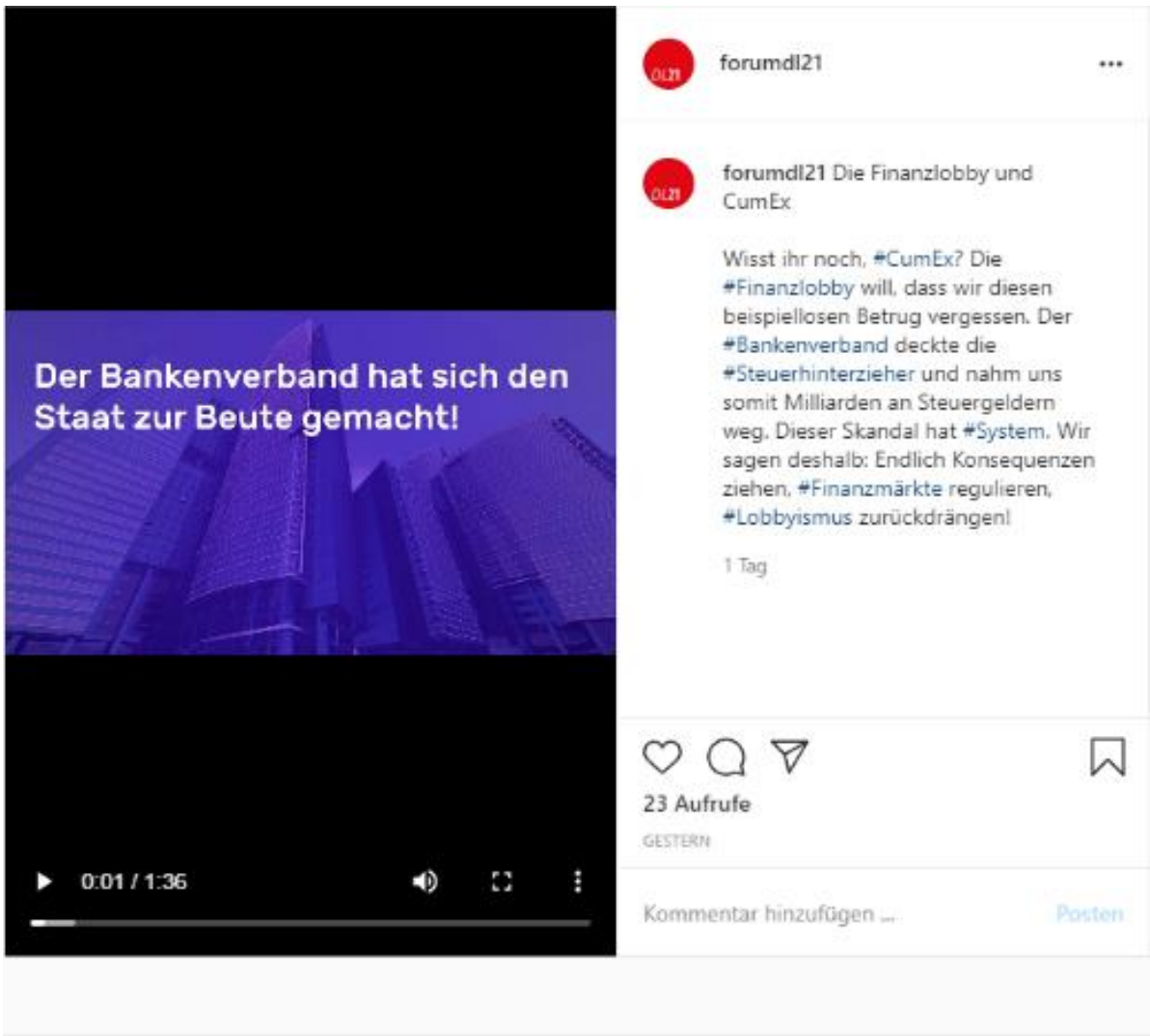
Unsere Demokratie ist UNVERKÄUFLICH

DL21 - DIE LINKE IN DER SPD

Twitter:

https://twitter.com/Forum_DL21/status/1306158491812405249

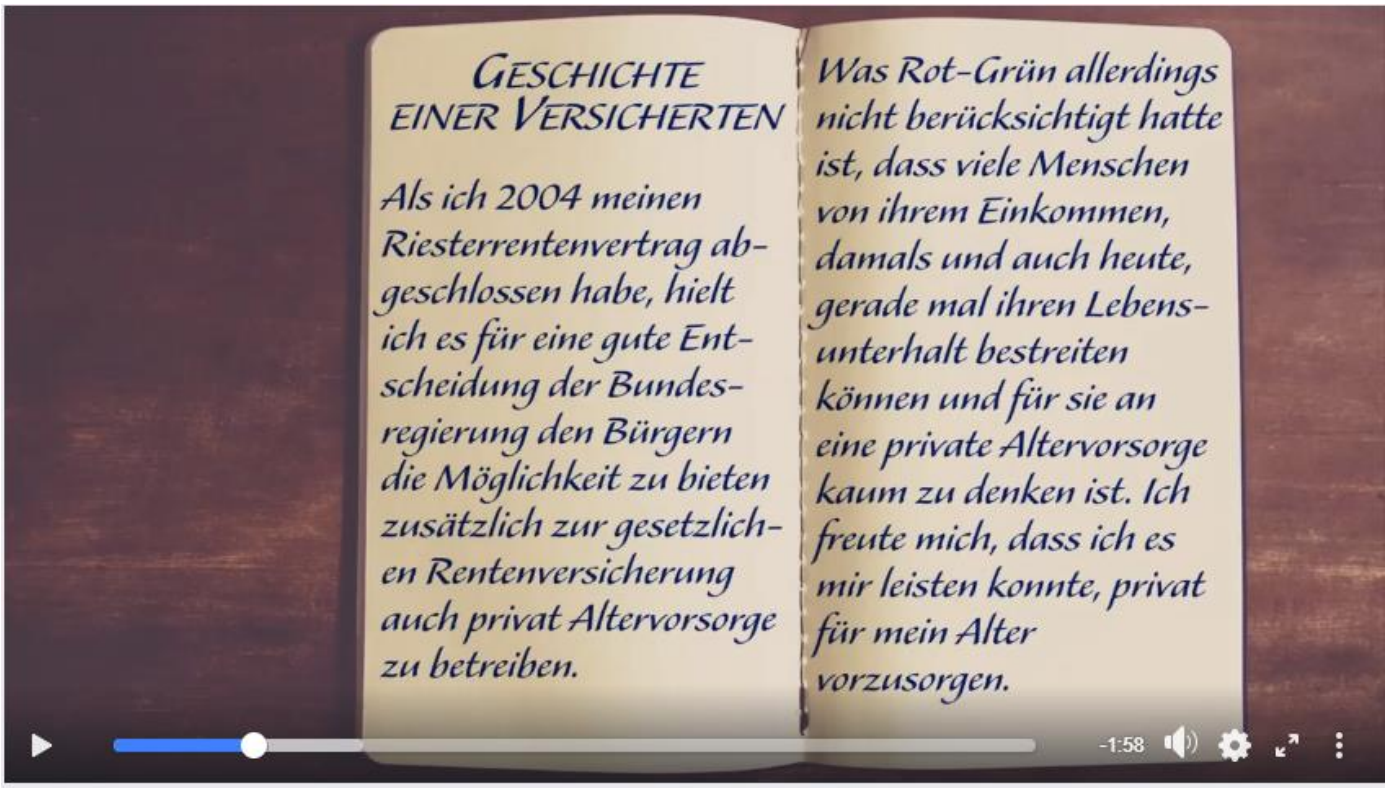
Instagram:



https://www.instagram.com/p/CFMSSIACprE/

Donnerstag, 17. September, Video zum Thema Riesterrente

Facebook:



Geschichte einer Versicherten

Forum Demokratische Linke 21
23 Std. ·

Glückwunsch Banken- und Versicherungslobby! Mit der Privatisierung der Altersvorsorge hat man der arbeitenden Bevölkerung das Blaue vom Himmel versprochen. Das Blaue landete dann jedoch schlussendlich auf den Konten der Profiteure dieses Systems. Mit der Riester-Rente hat man die Altersvorsorge von Menschen, die Jahrzehnte für einen Lebensabend in Sicherheit geschuftet haben, der Willkür und Launenhaftigkeit der Finanzmärkte unterworfen. Was aus dem Versprechen einer kapitalgedeckten Altersversorgung geworden ist, erzählt euch in diesem Video Eine von Millionen Betroffenen. Gerne weiterverbreiten!

7 2 Kommentare 5 Mal geteilt

Teilen

https://www.facebook.com/watch/?v=738662920024009&extid=K35rGdQwV9mChpmz

Twitter:

https://twitter.com/Forum_DL21/status/1306522502559158272

Unsere Demokratie ist UNVERKÄUFLICH

DL21 - DIE LINKE IN DER SPD

Instagram:

https://www.instagram.com/p/CFO3lAxiURh/

Unsere Demokratie ist UNVERKÄUFLICH DL21 - DIE LINKE IN DER SPD

Freitag, 18. September, Podcast mit Cansel Kiziltepe, MdB

Facebook

https://www.facebook.com/ForumDL21/posts/1886787068130650

Unsere Demokratie ist UNVERKÄUFLICH

DL21 - DIE LINKE IN DER SPD

Twitter:

https://twitter.com/Forum_DL21/status/1306889081503338496

Instagram:

https://www.instagram.com/stories/forumdl21/2400847368578391555/